

# newsletter\*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

---

## Liebe Genossin, lieber Genosse,

diese Woche stand ganz im Zeichen der Gleichstellung – eines der wichtigsten Anliegen der SPD-Fraktion. Es geht um die Gleichstellung von Frauen und Männern, aber auch um die Gleichstellung Hetero- und Homosexueller. In einer Aktuellen Stunde hat Thomas Oppermann deutlich gemacht, wie nah an der Verfassungswidrigkeit die Union in Sachen Gleichstellung von Lebenspartnerschaften entlangschliddert. Dabei ist die Tendenz eindeutig: 75 Prozent der Menschen sind für eine völlige Gleichstellung. Wann begreifen das die konservativen Hardliner in der Union?

In dieser Woche haben wir eine große Veranstaltung zum Internationalen Frauentag durchgeführt. Peer Steinbrück diskutierte mit Bürgerinnen und Bürgern, Wissenschaftlern und Politikern über Möglichkeiten, auf allen Ebenen für eine Gleichstellung von Frauen und Männern zu sorgen. Auch zum Thema Sexismus hatte die SPD-Fraktion geladen, um Konsequenzen aus der Debatte abzuleiten.

Unser Kernanliegen im Bundestag war die Situation von Mieterinnen und Mietern. Die SPD setzt sich für soziale Mietpreise ein, der ganz normale Bürger muss ein Recht haben, angemessen wohnen zu können, ohne sich zu verschulden oder in die Armut zu stürzen. Dazu haben wir ein umfangreiches Maßnahmenbündel vorgelegt und im Gegensatz zu Bundesbauminister Ramsauer konkrete Vorschläge unterbreitet, die Mietpreisexplosion wirksam zu bekämpfen.

Zum Schluss möchte ich unserem „phantastischen“ SPD-Bundestagsabgeordneten und geschätzten Kollegen Jakob Mierscheid ganz herzlich zum 80. Geburtstag gratulieren.

Herzliche Grüße

deine Petra Ernstberger

---

#### IMPRESSUM

**HERAUSGEBERIN** SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,  
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

**REDAKTION UND TEXTE** TERESA BÜCKER, STEFAN HINTERMEIER, LUTZ HÖTTLER, ALEXANDER  
LINDEN, ANJA LINNEKUGEL, DIRK SAWITZKY  
**TELEFON** (030) 227-510 99 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 01.03.2013 13.00 UHR

## Inhaltsverzeichnis

- |   |  |
|---|--|
| 02 Top-Thema: Debatte um bezahlbare Mieten                | 09 Wasser und Gesundheitsdienste nicht privatisieren |
| 03 Lebenspartnerschaften gehören zum Alltag               | 10 Energiewende voranbringen                         |
| 04 Gleichstellung gelingt nur per Gesetz                  | 11 Radioaktive Abfälle aus der Asse holen            |
| 05 Leistungsschutzrecht fördert Abmahnwellen              | 11 Tierarzneimittelgesetz schaffen                   |
| 06 Mali braucht deutsche Unterstützung                    | 12 Korruption im Gesundheitswesen bestrafen          |
| 07 Rechte ältere Menschen stärken                         | 12 Empfang zum Frauentag                             |
| 07 Rechtsstaatlichkeit von Sri Lanka fordern              | 13 Veranstaltung zum Thema Sexismus                  |
| 08 Zusammenarbeit Bundesregierung Bundestag bei EU-Fragen | 14 Steinmeier stellt Buch von Ralf Fücks vor         |
| 09 Aigner täuscht Verbraucherinformation nur vor          | 15 Online-Beteiligung zu Arbeitswelt                 |
|   | 16 Ehrung von Jakob Mierscheid                       |

## TOP-THEMA

### Deutschland braucht bezahlbare Mieten

Bereits zur Klausursitzung der SPD-Bundestagsfraktion hatten Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück und der heutige Ministerpräsident von Niedersachsen, Stephan Weil, ein gemeinsames Papier für bezahlbares Wohnen in der Sozialen Stadt vorgelegt. Auf dieser Grundlage konkretisierte die Fraktion ihre Forderungen und brachte dazu zwei Anträge in den Bundestag ein. In der Debatte am Donnerstagmorgen kritisierte Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier die Wohnungspolitik von Bundesbauminister Ramsauer (CSU) scharf.

Steinmeier bezeichnete Ramsauers Kehrtwende in der Wohnungspolitik als „dreistestes Stück“, das in den letzten Tagen aufgeführt worden sei und das „Kabarett vom Nockherberg in den Schatten“ stellen würde. Jahrelang habe der Bundesbauminister die Engpässe auf dem Wohnungsmarkt ignoriert. Anstatt die steigenden Mieten zu bekämpfen, habe er sie verschlafen und ein mieterfeindliches Mietrecht zu verantworten. Außerdem habe Schwarz-Gelb das Programm „Soziale Stadt“ geschliffen und den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld abgeschafft. Doch plötzlich tue Ramsauer so, als gehöre er an die Spitze der Bewegung beim Thema Wohnen und Mieten. Der kündigte nämlich eine Trendwende im Wohnungsbau und Wohngeldverbesserungen an.

In den vergangenen fünf Jahren hat sich die Zahl der Haushalte, die 40 Prozent und mehr für ihre Miete bezahlen, verdoppelt. Vor allem in Ballungsräumen ist bezahlbarer Wohnraum knapp. In den fünf teuersten Städten liegen die durchschnittlichen Mieten für freien Wohnraum pro Quadratmeter aktuell bei 9 bis 12 Euro. Viele können sich die steigenden Mieten in den Innenstädten nicht mehr leisten. Sie werden an den Stadtrand gedrängt. Auch Studierende in Universitätsstädten finden kaum noch bezahlbaren Wohnraum. Der Bestand an Sozialwohnungen schrumpft. Energetische und altersgerechte Sanierungen stocken.

#### Für ein sozial gerechtes Mietrecht

Der SPD-Fraktionschef forderte ein Mietrecht, das seiner sozialen Funktion wieder gerecht werde und Mietsteigerungen begrenze. In ihrem Antrag „Bezahlbare Mieten in Deutschland“

(Drs. 17/12486) fordert die SPD-Fraktion, dass Mieten nur alle vier Jahre um maximal 15 Prozent erhöht werden dürfen. Bei der Wiedervermietung von Wohnungen darf die vorherige Miete um höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Die mieterfeindlichen Änderungen im Mietrecht von Schwarz-Gelb sollen rückgängig gemacht werden. So soll der Vermieter dem Mieter nicht mehr kündigen dürfen, wenn dieser die Mietkaution nicht bezahlt hat. Auch das Mietminderungsrecht soll wieder in der alten Form gelten. Sämtliche Modernisierungsmaßnahmen sollen anstatt zu elf nur noch zu neun Prozent auf die Miete umgelegt werden. Des Weiteren wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass Maklerkosten nach dem Prinzip „wer bestellt, der bezahlt“ vom Vermieter getragen werden bzw. vom Auftraggeber.

Frank-Walter Steinmeier sagte, es dürften nicht nur Luxuswohnungen gebaut werden: „Wir brauchen gute und bezahlbare Wohnungen für ganz normale Leute“. Er forderte ein „Bündnis für bezahlbares Wohnen“, an dem sich Bund, Länder, Gemeinden, Wohnungs- und Bauwirtschaft, Gewerkschaften und Sozialverbände beteiligen sollen. Ziel der SPD-Fraktion sei ein Maßnahmenbündel für Wohnungsbau, energetische Sanierung, den familien- und altersgerechten Umbau von Häusern und Wohnungen – eingebettet in eine Politik der sozialen Stadt.

#### **Bezahlbares Wohnen in der sozialen Stadt**

In ihrem Antrag „Bezahlbares Wohnen in der sozialen Stadt“ (Drs. 17/12485) setzen sich die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten u. a. dafür ein, die Städtebauförderung mindestens mit 700 Millionen Euro zu finanzieren. Das Programm „Soziale Stadt“ soll als Leitprogramm mit 150 Millionen ausgestattet werden. Mit einem Entschuldungs- und Investitionspakt soll für die Kommunen ein verlässlicher Finanzrahmen geschaffen werden. Ein „Eigenanteilsfonds“ soll Kommunen in Haushaltsnotlage ermöglichen, Bund-Länder-Förderung wahrzunehmen. Die Kompensationszahlungen an die Länder für die soziale Wohnraumförderung sollen bis 2019 mit 518 Millionen Euro jährlich fortgeführt werden. Die Programme der energetischen Gebäudesanierung und des Bauens sind mit mindestens 2 Milliarden Euro zu verstetigen, um Verlässlichkeit und Planbarkeit für alle Akteure wieder herzustellen. Die energetische Stadtsanierung soll mit weiteren 100 Millionen Euro in die Städtebauförderung integriert werden. Den Heizkostenzuschuss will die SPD-Fraktion wieder einführen.

### **AKTUELLE STUNDE**

## **„Lebenspartnerschaften gehören zum Alltag!“**

Seit Jahren kämpft die SPD-Fraktion für die vollständige Gleichstellung homosexueller Partnerschaften mit der Ehe. Die Union dagegen tut sich schwer damit, für sie ist das Teufelszeug, der Untergang der Republik steht offenbar auf dem Spiel. Dabei geht es doch nur um Liebe. Und um Gerechtigkeit.

In der Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag stellte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, darum auch klar: „Lebenspartnerschaften gehören zum Alltag!“ Er verwies darauf, dass nicht nur das Bundesverfassungsgericht wieder und wieder die Rechte Homosexueller gestärkt habe, sondern nach einer neuen Umfrage 75 Prozent der Bevölkerung überhaupt kein Problem damit haben, wenn Ehe und Lebenspartnerschaft gleichgestellt würden. Oppermann: „Die Zeit ist reif“.

Noch im Dezember vergangenen Jahres hatte sich Bundeskanzlerin Merkel feiern lassen für den Parteitagsbeschluss der CDU, Partnerschaften auch künftig nicht gleichzustellen, weder beim Adoptions- noch beim Steuerrecht. Jetzt, ausgelöst durch ein Urteil des höchsten deutschen Gerichts zum Adoptionsrecht, steht die Union vor einem ideologischen

Kursschwenk. Thomas Oppermann analysiert: „Sie haben keine wertegebundene Haltung; Sie wollen die Ehe angeblich schützen, diskriminieren aber gleichzeitig Lebenspartnerschaften.“ Das sei, so Oppermann, eine verfassungswidrige Haltung.

Der SPD-Politiker verwies auf den englischen Premier David Cameron, der auch konservativ sei, sich aber die Gleichstellung nicht von Gerichten abnötigen ließe, sondern an der Spitze der Reformbewegung stehe. Das erfordere Mut.

Mit Blick auf Horst Seehofer, der durch seltsame Aussagen zum Bundesverfassungsgericht irritierte, konstatierte Oppermann: „Dieser Mann hat nicht nur ein gestörtes Verhältnis zur Verfassung, ihm fehlt auch der Respekt vor dem Verfassungsgericht.“ Allerdings bestehe bei Seehofer noch die Hoffnung, dass er „die Kurve kriegt“.

### **Wie fühlt sich Gleichberechtigung an?**

Die Abgeordnete Christel Humme, gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, forderte ebenso eine Reform zugunsten der Lebenspartnerschaften. „Es gibt keine rationalen Gründe gegen eine Gleichstellung.“

Ingrid-Andt-Brauer sprach in ihrem Redebeitrag davon, dass eine Gesellschaft „verschiedene Lebensentwürfe“ brauche.

Mit offenen Worten erzählte Johannes Kahrs, Beauftragter für die Belange von Homosexuellen, von seinem Leben. „Seit 20 Jahren lebe ich mit meinem Freund zusammen, ich habe mich immer gefragt, wie fühlt sich Gleichberechtigung an?“

In all den Jahren habe er die CDU immer nur als Bremserin erlebt. Kahrs stellte noch einmal klar, dass Homosexualität keine Entscheidung des Geistes sei, sondern natürlich bedingt. „Man entscheidet sich doch nicht, ob man schwul wird, man ist es einfach.“

Noch nie zuvor habe er Angela Merkel so gehört, wie in diesem Fall, als sie sich in steuerlichen Fragen eindeutig gegen die Gleichberechtigung stellte. Es wundere ihn nicht, dass die CDU dann einen Beschluss fasse, keine Gleichstellung zu akzeptieren.

Kahrs konzedierte, dass es redlich sei, einen Diskussionprozess in der CDU zu starten, einen Findungsprozess sozusagen – aber: „Zwölf Jahre Findung sind genug. In einer christlichen Partei muss man daran denken, wie es Menschen geht.“

## **Gleichstellung gelingt nur per Gesetz**

Der Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2011 beinhaltet Vorschläge für eine konsistente Gleichstellungspolitik, die sich am Lebenslauf der Geschlechter orientiert. In einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Oktober 2012 waren sich die Sachverständigen einig, dass der Bundesregierung ein Leitbild in der Gleichstellungspolitik fehlt. Mehr noch, ihre Maßnahmen sind teilweise widersprüchlich: Das Betreuungsgeld hält an bisherigen Rollenbildern fest, Elterngeld und Kita-Ausbau fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Klar ist, das Modell vom männlichen Familienernährer ist überholt und passt nicht ins 21. Jahrhundert. Die eigenständige Existenzsicherung von Frauen und Männern muss das Leitbild für die Gleichstellungspolitik sein. Die-SPD-Fraktion will bessere Chancengleichheit und Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt. Dafür müssen Staat und Gesellschaft die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.

### **Ungerechtigkeiten überwinden**

Noch immer sind Frauen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt und tragen größere Risiken im Erwerbsleben als Männer. Die Arbeitsgruppe Gleichstellung der SPD-Fraktion hat in den vergangenen zwei Jahren einen Aktionsplan für mehr Gleichstellung erarbeitet. Einen Großteil der darin enthaltenen Forderungen brachte sie als Antrag (Drs. 17/12487) in den Bundestag ein. Die Erfahrungen zeigen: In der Gleichstellungspolitik geht es nur mit gesetzlichen Regelungen voran.

### **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**

Die SPD-Bundestagsfraktion will endlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit gesetzlich durchsetzen. Als ersten Schritt sollen Betriebe ab 16 Beschäftigten ihre Gehaltsstrukturen offenlegen. Durch Transparenz kann Lohndiskriminierung von Frauen erkannt und beseitigt werden. Dabei soll die Antidiskriminierungsstelle des Bundes eine zentrale Funktion einnehmen.

### **Gesetzlichen Mindestlohn einführen – Minijobs begrenzen**

Frauen sind häufiger als Männer im Niedriglohnsektor beschäftigt und müssen mit der Grundsicherung ihr Einkommen aufstocken. Deshalb hilft ihnen ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro, ihre Existenz zu sichern. Immer mehr Frauen arbeiten in Minijobs, deren Ausweitung will die SPD-Fraktion begrenzen und geringfügige Beschäftigung besser absichern. Armut muss im Erwerbsleben bekämpft werden, um Altersarmut zu verhindern. Alleinerziehende wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besonders unterstützen.

### **Quote für Frauen in Führungspositionen**

Eine Frauenquote von mindestens 40 Prozent in Aufsichtsräten und Vorständen in börsennotierten Unternehmen will die SPD-Fraktion gesetzlich festschreiben. Durch eine Weiterentwicklung gesetzlicher Regelungen sollen mehr weibliche Führungskräfte in Behörden erreicht werden. Auch in der Wissenschaft soll eine Frauenquote eingeführt werden.

### **Ehegattensplitting abschaffen**

Das Ehegattensplitting, das die Alleinverdiener Ehe zementiert oder Frauen allenfalls die Rolle als Zuverdienerin zuweist, soll durch ein geschlechtergerechtes Steuersystem abgelöst werden. Dabei sind die Unterhaltsverpflichtungen der Ehegatten zu berücksichtigen. Für Bestandesehen soll das Ehegattensplitting weiter gelten. Es soll per Stichtagsregelung bei neu zu schließenden Ehen durch eine Individualbesteuerung ersetzt werden.

## **URHEBERRECHT**

### **Leistungsschutzrecht kann zu Abmahnwellen führen**

Der Bundestag hat an diesem Freitag mit den schwarz-gelben Stimmen das umstrittene Leistungsschutzrecht für Presseverlage beschlossen. Die SPD-Bundestagsfraktion kritisiert an dem Gesetz insbesondere, dass es neue Rechtsunsicherheiten schafft, die zu Abmahnwellen führen könnten. Auch die Situation der Urheber – von Journalistinnen und Journalisten – verbessert es nicht. Der einzige Beitrag der Merkel-Regierung zu einer Urheberrechtsreform in der gesamten Legislatur bleibt damit ein unsinniges Gesetz.

Der Protest gegen das Leistungsschutzrecht ist in den vergangenen Wochen lauter geworden. Schon seit drei Jahren diskutieren Politiker und Pressevertreter das Gesetz, das ursprünglich als „Lex Google“ regeln sollte, dass Suchmaschinen im Internet Lizenzgebühren für das

Anzeigen von Verlagsinhalten bezahlen. Mittlerweile spreche sich ein breites gesellschaftliches Bündnis von Wirtschaftsverbänden, Wissenschaft, Netzaktivisten und sogar Journalistenverbänden gegen das Leistungsschutzrecht aus, sagte Lars Klingbeil, netzpolitischer Sprecher der Fraktion, am Freitagmorgen in der Plenardebatte.

Dabei sind es gerade Journalistinnen und Journalisten, die eine Urheberrechtsreform im Auge haben sollten, da sie bislang eine schwächere Position im Urhebervertragsrecht haben. Die SPD-Bundestagsfraktion tritt dafür ein, Urheberinnen und Urheber gegenüber den Verwertern in Zukunft zu stärken. Zudem sind die Arbeitsbedingungen von Kreativschaffenden oftmals prekär und müssen verbessert werden, wenn die Kulturwirtschaft als lebendige Zukunftsbranche Innovationen und Arbeitsplätze hervorbringen soll. Das schwarz-gelbe Gesetz berücksichtigt dies nicht. Zwar will die SPD einen Beitrag dazu leisten, dass Presseverlage auch in Zukunft Arbeitgeber sein können und die Pressevielfalt erhalten bleibt, sie betrachtet das Leistungsschutzrecht in seiner jetzigen Form aber nicht als den richtigen Weg. Die SPD-Bundestagsfraktion verweist schon seit Monaten darauf, dass bereits jetzt technische Möglichkeiten für Verlage bestehen, ihre Inhalte ausreichend abzusichern und das Leistungsschutzrecht daher überflüssig sei.

### **Rechtliche Lücken**

Auch die rechtlichen Lücken hatte Brigitte Zypries, ehemalige SPD-Justizministerin, bereits im August vergangenen Jahres benannt. Die so genannten Snippets, kurze Textabschnitte, die Suchmaschinen in Zukunft noch lizenzfrei anzeigen können sollen, definiert der Gesetzentwurf weiterhin nicht. Die FDP habe ursprünglich 160 Zeichen vorgeschlagen, wie Zypries in der Debatte anmerkte, diese Definition tauche nun aber an keiner Stelle auf. Es herrsche Unklarheit über die Frage, ob etwa die Schlagzeile „Bayern gegen Dortmund 1:0“ von Suchmaschinen noch kostenfrei angezeigt werden dürfe. Zypries befürchtet, dass jetzt Gerichte klären werden müssen, ab welcher Zeichenlänge ein lizenzpflichtiger Text beginne. Es drohen neue Abmahnwellen, die eine Urheberrechtsreform gerade verhindern solle. Die SPD-Bundestagsfraktion verfolgt dieses Ziel bereits im bei MP3-Downloads. Brigitte Zypries kritisierte weiterhin: „Bürger sollen Gesetze auch verstehen. Diesen Anforderungen wird das Leistungsschutzrecht nicht gerecht.“ Lars Klingbeil formulierte das noch schärfer: „Wenn man das Ganze im Eilverfahren durchdrückt, dann ist das ein Programm für Politikverdrossenheit.“

## **AUSSENPOLITIK/MENSCHENRECHTE**

### **Mali braucht deutsche Unterstützung**

Seit Jahrhunderten ist die Stadt Timbuktu im Norden Malis das kulturelle Zentrum des Nomadenstamms der Touareg. Im Frühjahr 2012 brachten islamistische Gruppen nördliche Teile Malis unter ihre Kontrolle und nahmen im Juni 2012 Timbuktu ein. Sie zerstörten fast die Hälfte der Mausoleen der Stadt und verbrannten öffentlich Bücher der Bibliotheken von Timbuktu. Menschenrechtsverletzungen, Geiselnahmen und Tötungen der islamistischen Terroristen zwangen bis zu 400.000 Malier zur Flucht.

Daraufhin hat der VN-Sicherheitsrat am 20. Dezember 2012 mit der Resolution 2085 eine Internationale Unterstützungsmission in Mali unter afrikanischer Führung (AFISMA) ermächtigt, die territoriale Integrität Malis mit allen erforderlichen Mitteln wieder herzustellen. Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen wurden aufgefordert, AFISMA zu unterstützen.

Die EU hat auf dieser Grundlage am 18. Februar auf Bitten der malischen Regierung und in Verbindung mit den VN-Sicherheitsratsresolutionen 2071 und 2085 einen entsprechenden Beschluss zur Entsendung von ca. 450 Ausbildern und Kräften, die für Sicherheit, Verwaltung

und medizinische Versorgung zuständig sind, gefasst (EUTM). Zahlreiche europäische Länder werden sich daran beteiligen.

Die SPD-Fraktion hat am Donnerstag dieser Woche der Entsendung von Bundeswehrsoldaten nach Mali zugestimmt: Das Mandat „Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Unterstützung der Internationalen Unterstützungsmission in Mali unter afrikanischer Führung (AFISMA)“ umfasst die Unterstützung französischer Streitkräfte durch Lufttransport und Luftbetankung bei ihren Unterstützungsoperationen für AFISMA. Die Mandatsobergrenze beträgt 150 Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten. Es ist auf zwölf Monate begrenzt.

Das Mandat „Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Beteiligung an der EU-geführten militärischen Ausbildungsmission European Training Mission Mali (EUTM MLI)“ umfasst die Entsendung von ca. 40 Pionierausbilderinnen und -ausbildern und einer etwa gleich großen Zahl an Sanitätskräften. Die Mandatsobergrenze beträgt 180 Soldatinnen und -soldaten. Es soll im April beginnen und ist ebenfalls auf zwölf Monate begrenzt. Ziel der Mission ist, die militärischen Fähigkeiten der malischen Armee zu verbessern und die malische Regierung bei der Stabilisierung des Landes zu unterstützen.

Mali braucht diese deutsche Unterstützung. Zugleich fordern wir Sozialdemokraten die Bundesregierung auf, sich mit Nachdruck für eine politische Lösung des Konflikts einzusetzen. Humanitäre Hilfe und die Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit sind ebenfalls von besonderer Dringlichkeit, um eine Hungerkatastrophe in naher Zukunft zu verhindern.

## Rechte älterer Menschen stärken

2050 wird voraussichtlich jede dritte Bundesbürgerin bzw. jeder dritte Bundesbürger älter als 60 Jahre sein. Und weltweit wird sich die Zahl der Über-60-Jährigen im gleichen Zeitraum von 810 Millionen auf über zwei Milliarden erhöhen. Heute leben inzwischen zwei von drei Personen über 60 Jahre in Entwicklungsländern, und 2050 werden es vier von fünf sein. Damit werden im Jahr 2050 erstmals mehr ältere Menschen auf der Welt leben als Kinder unter 14 Jahre.

Die Menschenrechte älterer Menschen sind bisher nicht in einer internationalen Konvention verankert. Dabei sind ältere Menschen in Bezug auf ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte besonders schutzbedürftig. In dem Antrag „Menschenrechte älterer Menschen stärken und Erarbeitung einer UN-Konvention fördern“ der SPD-Bundestagsfraktion (Drs. 17/12399), der am Donnerstag dieser Woche in den Deutschen Bundestag eingebracht wurde, wird die Bundesregierung aufgefordert, sich auf internationaler Ebene für die Stärkung der Menschenrechte älterer Menschen einzusetzen. Dazu gehört, dass sich Deutschland im UN-Menschenrechtsrat für eine UN-Konvention über die menschenrechtlichen Bedürfnisse älterer Menschen sowie die Einsetzung eines UN-Sonderberichterstatters einsetzt. Auch auf nationaler Ebene muss Altersdiskriminierung effektiver bekämpft werden. Der Altenbericht der Bundesregierung ist um eine Menschenrechtskomponente zu erweitern. Außerdem soll bei der Pflege und in Heimen die Einhaltung von Menschenrechten besser kontrolliert und sanktioniert werden.

## Rechtsstaatlichkeit von Sri Lanka fordern

Der UN-Menschenrechtsrat befasst sich in seiner bis zum 22. März andauernden Sitzung u. a. mit der Lage in Sri Lanka. 2009 konnte ein jahrzehntelang andauernder Bürgerkrieg, der bis zu 100.000 Tote gefordert und noch mehr Menschen aus ihrer Heimat vertrieben hat, beendet werden. Diesem positiven Schritt stehen leider zahlreiche negative Entwicklungen gegenüber, die den gesellschaftlichen Frieden in Sri Lanka auf lange Sicht gefährden können. Daher ist es

an der Zeit, dass die internationale Gemeinschaft ihren Einfluss auf die srilankische Regierung nutzt, um die schlimmsten Missstände in Sri Lanka zu revidieren.

Konkret geht es um Beschränkungen bei der Gewaltenteilung und die zunehmende Dominanz der Exekutive in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Wird dieser Trend nicht gestoppt, wird Sri Lanka zu einem klassischen Einparteienstaat mit starker Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Frauen werden im ganzen Land diskriminiert, unabhängig von ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit. Die Regierung weigert sich, Vorwürfen gegen Polizei und Militär, denen insbesondere im Norden des Landes Übergriffe gegen Frauen vorgeworfen werden, nachzugehen.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher in dem Antrag „UN-Menschenrechtsrat nutzen und von Sri Lanka Rechtsstaatlichkeit, Einhaltung der Menschenrechte und Versöhnungsprozess fordern“ (Drs. 17/12466) die Bundesregierung auf, diesen Missständen und allen Versuchen der srilankischen Regierung, die Unabhängigkeit der Justiz einzuschränken, entgegenzuwirken und die kürzlich vorgenommene Amtsenthebung der Obersten Richterin des Landes in allen politischen Gesprächen zu thematisieren und zu verurteilen.

Darüber hinaus soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die deutsche und europäische Entwicklungszusammenarbeit dazu genutzt wird, eine gute Regierungsführung, Transparenz und ernsthafte Korruptionsbekämpfung einzufordern.

## EUROPA

### **Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und Bundestag in EU-Fragen regeln**

Die Europäische Union hat weitere Integrationsschritte vollzogen und neue Instrumente der Zusammenarbeit geschaffen. Dazu gehören sowohl die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) als auch der Euro-Plus-Pakt, der Fiskalvertrag und das Europäische Semester. Wenn es sich dabei um völkerrechtliche Verträge und intergouvernementale Vereinbarungen handelte, war bisher unklar, wie Bundesregierung und Bundestag zusammen wirken. Das Bundesverfassungsgericht hat die Unterrichts- und Mitwirkungsrechte des Bundestages daraufhin konkretisiert.

Ein gemeinsamer Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBBG) mit den Fraktionen von CDU/CSU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sieht vor, dass die Bundesregierung den Bundestag über völkerrechtliche Verträge und intergouvernementale Vereinbarungen unterrichten muss, die das Recht der Europäischen Union betreffen. Das Gesetz regelt zudem Form, Zeitpunkt und Umfang der Unterrichtung durch die Bundesregierung. Das soll sicherstellen, dass der Bundestag sich rechtzeitig eine Meinung bilden und auf Verhandlungslinien und Abstimmungsverhalten der Bundesregierung Einfluss nehmen kann. Auch die Zusammenarbeit im Bereich Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Beitrittsverhandlungen und der Einführung des Euro in einem Mitgliedstaat wird geregelt.

## VERBRAUCHERSCHUTZ

### Aigner täuscht Verbraucherinformation nur vor

Pferdefleisch- und Hühnereiskandal zeigen: Die Bundesregierung schützt die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht vor Lebensmittelskandalen. Stattdessen zeigt die Bundesregierung auch bei diesem Skandal ein bekanntes Muster: Die zuständige Verbraucherministerin legt einen „Nationalen Aktionsplan“ vor, der jedoch entweder Prüfaufträge enthält oder plötzlich Maßnahmen fordert, die die Bundesregierung noch vor kurzem abgelehnt hat.

Anstatt die Änderungen des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches zu nutzen, tut Aigner nur so, als ob die Behörden Verbraucherinnen und Verbraucher künftig über Lebensmitteltäuschungen informieren und Produkte und Hersteller nennen. Aber die entscheidenden Hürden im Gesetz hat sie nicht beseitigt. Die Vollzugsbehörden in den Ländern werden durch die Formulierungen im Gesetz wie „nicht nur unerheblich“, „soll“ und „Abwägung“ verunsichert. Aigner ist wieder vor der Lebensmittelloobby eingeknickt und verhindert so einen transparenten Umgang mit Lebensmittelskandalen. Sie versucht lediglich, die Öffentlichkeit zu beruhigen.

Die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Elvira Drobinski-Weiß, hält es für demokratiegefährdend, wenn deutsche Behörden bei Betrügereien die Namen von Pferdefleischprodukten oder Hühnerbaronen nicht nennen dürfen, sondern auf den goodwill der Unternehmen selbst angewiesen sind.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat zur 2./3. Lesung der Änderungen des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches einen Entschließungsantrag (Drs. 17/12558) eingebracht. Darin fordert sie die Bundesregierung u. a. auf, endlich ein Gesamtkonzept für Verbraucherinformation mit dem Ziel, alle Erkenntnisse der Behörden offenzulegen, zu erarbeiten. Außerdem schlägt sie kurzfristige Änderungen des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches vor, damit Hersteller- und Produktnamen von Fertiggerichten mit Pferdefleischanteilen und falsch deklarierten Hühnereiern genannt werden können. Auf EU-Ebene soll die Bundesregierung Vorschläge für ein Rückverfolgungssystem vorlegen, das alle Handelsstufen umfasst. Gleiches fordern die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für die Herkunftskennzeichnung von Fleisch, Milch und Milchprodukten auch in verarbeiteten Lebensmitteln. Lebensmitteltäuschungen sollen schärfer sanktioniert und die Unrechtsgewinne abgeschöpft werden. Beschäftigte, die Hinweise auf Lebensmittelskandale geben, gilt es rechtlich zu schützen.

## WIRTSCHAFT

### Wasser und Gesundheitsdienste nicht privatisieren

Wasser ist ein lebensnotwendiges Gut. Eine qualitativ hochwertige und bezahlbare Wasserversorgung muss Ziel der Politik bleiben. Die SPD-Fraktion macht deshalb erneut Ihre Bedenken gegen einen Richtlinienentwurf der EU-Kommission deutlich.

In einer Stellungnahme an die Bundesregierung fordert die SPD-Bundestagsfraktion, öffentliche Träger der Wasserversorgung – wie Stadtwerke oder kommunale Zweckverbände – aus dem Anwendungsbereich der geplanten EU-Richtlinie über die Konzessionsvergabe herauszunehmen. Es bringt keinen Nutzen, gute und bezahlbare öffentliche Wasserversorgung dem Wettbewerb zu unterwerfen. Vielmehr befürchten die Sozialdemokratinnen und

Sozialdemokraten, dass das Gewinnstreben durch zunehmende Privatisierungen in der Wasserversorgung zulasten der Qualität geht.

Auch wenn der aktuelle Richtlinienentwurf keine Privatisierungen verpflichtend vorschreibt, erhöht sich der Druck zu Privatisierungen massiv. Gerade in der Wasserversorgung wird hier Politik gegen den gesunden Menschenverstand und gegen die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher gemacht.

Mit dem Richtlinienentwurf will die EU-Kommission eine formalisierte Ausschreibungspflicht für Dienstleistungskonzessionen einführen. Mit einer Dienstleistungskonzession wird eine kommunale Aufgabe von der Kommune auf einen Dritten übertragen, zum Beispiel auf ein Versorgungsunternehmen. Solche Dienstleistungskonzessionen sind von den europäischen Vergaberichtlinien bislang nicht erfasst. Mit dem Richtlinienvorschlag soll nun ein eigenes Vergaberecht für Konzessionen eingeführt werden. Das gilt für alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, die nicht wie die Strom- und Gasversorgung, ausdrücklich liberalisiert worden sind.

In ihrer Stellungnahme an die Bundesregierung vertritt die SPD-Fraktion den Standpunkt, „dass es keiner europäischen Rechtsetzung zur Vergabe von Dienstleistungskonzessionen bedarf und diese abzulehnen ist.“ Mindestens aber wollen die Sozialdemokraten für die Wasserversorgung sowie für die Gesundheitsdienste und Krankenhäuser Ausnahmen erreichen.

## UMWELT

### **Energiewende voranbringen – Strompreise dämpfen**

Die SPD-Fraktion will mit einer Stromsteuerbefreiung für den Grundverbrauch Verbraucherinnen und Verbraucher entlasten. Diese und weitere Forderungen legt sie in einem Entschließungsantrag vor.

Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage zu den Kosten der Energiewende für Verbraucherinnen, Verbraucher und Unternehmen ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Koalition aus Union und FDP weder den Willen noch die Fähigkeit hat, die Energiewende erfolgreich umzusetzen. Die Antworten belegen auf nahezu jedem Feld, dass ihr jegliche Grundlage an Daten und Fakten fehlt, um eine tragfähige Strategie für eine Energiewende zu entwickeln.

Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Entschließungsantrag zur Beratung der Großen Anfrage in den Bundestag (Drs. 17/12538) eingebracht. Darin fordert sie die Bundesregierung auf, zur kurzfristigen Dämpfung der Kosten der Energiewende eine Verständigung mit den Ländern und der politischen Opposition auf Bundesebene herbeizuführen.

Damit Investoren nicht länger verunsichert und ihr Vertrauen zerstört wird, was letztlich die Kosten der Energiewende erhöht, ist der geplante Eingriff in die Vergütungsstruktur von Bestandsanlagen bei Erneuerbaren Energien zurückzunehmen.

Die Befreiung für Unternehmen von EEG-Umlage, KWK-Umlage und Netzgebühren sind wieder auf den Kreis der Unternehmen zu konzentrieren, die mit hohen Energiekosten im internationalen Wettbewerb stehen und alle betriebswirtschaftlich rentablen Energieeffizienzmaßnahmen durchgeführt haben.

Eine Stromsteuerbefreiung für den Grundverbrauch soll den Verbraucherinnen und Verbrauchern einen Teil der höheren Umsatzsteuereinnahmen durch die gestiegenen Strompreise „zurückgeben“ und damit kurzfristig den Anstieg der Strompreise dämpfen. Zusätzlich sollen Maßnahmen, die die Energieeffizienz in privaten Haushalten steigern, unterstützt werden.

Die Bundesregierung soll ein Modell entwickeln, das, im Zuge der steigenden Selbstversorgung mit Strom, eine zuverlässige Finanzierung der Netzinfrastruktur ermöglicht. Für die Erarbeitung eines neuen Strommarktdesigns ist zunächst eine belastbare Datenbasis der Energiekosten herzustellen. Schließlich sind innerhalb der Bundesregierung neue Strukturen aufzubauen, die die Kompetenzen in der Energiepolitik bündeln und eine regelmäßige Koordination und Kooperation zwischen Bund, Ländern und den europäischen Nachbarländern institutionalisieren.

## Radioaktive Abfälle aus der Asse holen

Die Schachanlage Asse II ist vom Einsturz bedroht. Die dort gelagerten radioaktiven Abfälle müssen daher zurück geholt und die Anlage sicher stillgelegt werden. In einem gemeinsamen Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen wird die beschleunigte Rückholung der Abfälle geregelt.

Das Verwaltungsverfahren wird dazu flexibilisiert. Behördliche Ausnahmen von Strahlenschutzvorschriften werden ermöglicht, insofern der Strahlenschutz dabei gewährleistet ist. Zudem wird die Begleitung des Vorgehens durch die Öffentlichkeit ermöglicht. Diese Regelungen geben den beteiligten Behörden und den ausführenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die notwendige Rückendeckung, das Verfahren zur Rückholung so schnell und unbürokratisch wie möglich vorzunehmen

So erfreulich der gemeinsame Gesetzentwurf ist, so ernst bleibt die Gefahr, die von dieser maroden Anlage ausgeht. Denn auch die Beschleunigung bedeutet immer noch eine Zeitspanne von vielen Jahren. Wie viele es werden, hängt von noch unbekanntem Faktoren ab, beispielsweise, wie sich der Zustand des Bergwerks entwickelt, in welchem Zustand wir die Fässer vorfinden werden, welche Verpackungs- und welche Bergungstechnik angewendet werden kann. Entsprechend sind auch die Kosten, die bei der Räumung des maroden Salzbergwerks entstehen werden, nicht klar festzulegen. Aktuelle Schätzungen reichen von 3,5 bis 6 Milliarden Euro.

## Tierarzneimittelgesetz schaffen

Landwirtschaftlichen Nutztieren wird zunehmend Antibiotika verabreicht. Damit steigt die Zahl der Erreger, die gegen Antibiotika und Desinfektionsmittel resistent ist. Das birgt Gefahren für Menschen und Tiere. In einem Antrag (Drs.17/12385) fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, ein Konzept zur Minimierung von Antibiotika in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung vorzulegen. Dies muss ein effizientes betriebliches Tiergesundheits- und Hygienemanagement einschließen. Dabei sollen Indikatoren für Tierwohl aufgestellt und die Befugnisse der Kontrollbehörden gestärkt werden. Zudem soll die Bundesregierung die Voraussetzungen für ein eigenständiges Tierarzneimittelgesetz prüfen.

## GESUNDHEIT

### Korruption im Gesundheitswesen bestrafen

Seit Juni 2012 liegt der begründete Beschluss des Großen Strafsenats des Bundesgerichtshofes vom 29.3.2012 zur Frage der Strafbarkeit von niedergelassenen Vertragsärzten wegen Bestechlichkeit und Vorteilsannahme vor.

Der Große Strafsenat hatte festgestellt, dass niedergelassene Vertragsärzte nach der gegenwärtigen Gesetzeslage strafrechtlich nicht verfolgt werden können. Im zugrundeliegenden Fall hatte eine Pharma-Referentin Ärzten eine Beteiligung in Höhe von fünf Prozent des Medikamentenpreises zugesagt, wenn sie sich bereit erklärten, ihren Patienten künftig bevorzugt Präparate eines bestimmten Pharmaunternehmens zu verschreiben. Die Zahlungen wurden als Honorar für fiktive wissenschaftliche Vorträge ausgewiesen.

Mit dem Beschluss des Großen Strafsenats besteht nun Rechtsklarheit darüber, dass korruptes Verhalten von niedergelassenen Vertragsärzten nach dem geltenden Strafrecht nicht strafbar ist und deshalb auch die Vertreter der Pharmaunternehmen bei Bestechungsvereinbarungen straffrei ausgehen. Das sieht bei ihren Kolleginnen und Kollegen, die in Krankenhäusern, Polikliniken oder großen Arztpraxen angestellt sind, ganz anders aus. Durch dieses Urteil ist zu befürchten, dass der Korruption von Ärztinnen und Ärzten durch die Pharmakonzerne erst recht Tür und Tor geöffnet wird. Es besteht eine Regelungslücke, die geschlossen werden muss. In seinem Beschluss hat der Bundesgerichtshof dazu eine deutliche Aufforderung an den Gesetzgeber formuliert. Doch die schwarz-gelbe Regierung unternimmt nichts.

Korruption im Gesundheitswesen schadet Patientinnen und Patienten, allen ehrlichen Ärztinnen und Ärzten sowie dem Gesundheitssystem insgesamt. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung in einem Antrag (Drs. 17/12213) auf, endlich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der Korruption im Gesundheitswesen unter Strafe stellt.

## VERANSTALTUNGEN

### Empfang zum Internationalen Frauentag der SPD-Fraktion

Eine Woche vor dem 8. März, dem Internationalen Frauentag, haben mehr als 300 Gäste am Empfang der SPD-Bundestagsfraktion teilgenommen. Er begann mit einer Diskussion über die Erwartungen von Frauen an die Politik der SPD, die vor der Veranstaltung online und offline eingegangen waren. Daraus ergaben sich drei Tischgespräche zu den Themenkomplexen Schutz und Selbstbestimmung von Frauen, Lohngerechtigkeit für Frauen und eine Runde mit Peer Steinbrück.

Peer Steinbrück machte deutlich, dass in Deutschland einiges nicht mehr im Lot sei, wenn es um soziale Gerechtigkeit geht. Deshalb packe er gesellschaftspolitische Themen wie Gleichstellung, Bildung und bezahlbares Wohnen an. Steinbrück forderte, dass Frauen und Männer den gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommen müssen. Ebenso forderte einen gesetzlichen Mindestlohn, der vor allem Frauen zugute komme. Gleichzeitig seien Minijobs einzugrenzen. Auch die Frauenquote in Führungspositionen will er umsetzen. Gerade weil Gleichstellungspolitik so viele unterschiedliche Ressorts betrifft, schlug Steinbrück vor, dafür eine „koordinierende Funktion im Kanzleramt“ zu schaffen.

### **Gleichen Lohn für gleiche Arbeit gibt es nur per Gesetz**

Die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Christel Humme, und das einzige männliche Mitglied der Fraktionsarbeitsgruppe zur Gleichstellungspolitik, Willi Brase, erläuterten, dass gleicher Lohn für gleiche Arbeit nur durch ein Gesetz zu erreichen sei. Dass freiwillige Vereinbarungen mit der Wirtschaft nichts bringen, sei eindeutig bewiesen. Die Tatsache, dass Frauen im Laufe ihres Berufslebens insgesamt 58 Prozent weniger verdienen als Männer und später 48 Prozent weniger Rente beziehen, zeige, dass der am Lebenslauf orientierte Aktionsplan für mehr Gleichstellung, den die SPD-Bundestagsfraktion am 26. Februar beschlossen hat, die richtigen Antworten gibt. Daran hatte die Arbeitsgruppe zwei Jahre gearbeitet. Brase warb außerdem für eine bessere Bezahlung von menschenbezogenen Dienstleistungen wie Pflege und Kindererziehung. Christel Humme versicherte, dass es der SPD-Bundestagsfraktion auch darum gehe, Arbeit von Männern und Frauen in unterschiedlichen Berufen vergleichbar zu machen und entsprechend die Löhne zu bemessen.

SPD-Fraktionsvizin Elke Ferner und die frauenpolitische Sprecherin, Caren Marks, gingen auf die Fragen zur "Pille danach" und zur Absicherung von Frauenhäusern ein. Marks erläuterte, dass die SPD-Bundestagsfraktion beschlossen hat, an Frauen die „Pille danach“ als Notfallverhütung rezeptfrei in Apotheken abzugeben. Das stärke auch die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen und sei in vielen europäischen Ländern längst Praxis. Elke Ferner sagte zu, dass der Schutz von Frauen vor Gewalt in Frauenhäusern als Teil der Daseinsvorsorge bundeseinheitlich geregelt werden solle. Schutzräume für Frauen dürften nicht von der Kassenlage der Kommunen abhängig sein.

## **Sexismus wächst durch männerdominierte Machtstrukturen**

Im Januar hatten die Schilderungen der Stern-Journalistin Laura Himmelreich über die sexistischen Äußerungen von FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle ihr gegenüber an einer Hotelbar eine Sexismus-Debatte bei twitter, in Talkshows und den Printmedien losgetreten. Unter dem hashtag #aufschrei schilderten viele Frauen bei twitter ihre Erfahrungen. Dies griff die SPD-Fraktion auf und leitete einen Dialog mit Expertinnen aus Gewerkschaften, Politik und Medien ein. Am 27. Februar diskutierte sie bei einer Veranstaltung mit dem Titel „Was heißt hier eigentlich Herrenwitz“ über Konsequenzen aus der Sexismusdebatte.

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz hat Veränderungen eingeleitet, die von Politik, Wirtschaft, Medien und Bildungseinrichtungen vorangetrieben werden müssen. Denn auch 64 Jahre nach der Festschreibung der Gleichstellung von Männern und Frauen im Grundgesetz ist Deutschland von diesem Ziel weit entfernt. 58 Prozent der Frauen haben sexuelle Belästigungen erfahren. In der #aufschrei-Debatte liegt jetzt die Chance für einen wirklichen Aufbruch zur Gleichstellung von Männern und Frauen. Für den dafür notwendigen kulturellen Wandel, sind einerseits gesetzliche Regelungen und Vereinbarungen in Betrieben notwendig, andererseits benötigen betroffene Frauen mehr Anlaufstellen.

Sexismus gedeiht besonders gut in hierarchischen Strukturen. Er prägt deshalb den Berufsalltag vieler Frauen, wo Macht und Einkommen zwischen den Geschlechtern besonders ungerecht verteilt sind. Diese These der frauenpolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Caren Marks, stand im Mittelpunkt der Diskussion am 27. Februar. Den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehe es darum, Macht, Vermögen und Einkommen geschlechtergerecht zu verteilen. Dazu sollen die Quote für Frauen in Führungspositionen und gleicher Lohn für gleiche Arbeit beitragen. Mindestens 40 Prozent der Sitze in Vorständen und Aufsichtsräten sollen mit Frauen besetzt werden.

### **Chancengleichheit ins Bewusstsein holen**

Thomas Sattelberger, Vorstandsvorsitzender der Stiftung der Zeppelin Universität, führte als damaliger Personalvorstand der Telekom AG eine Frauenquote in Führungspositionen von 30 Prozent ein. Er begründete diesen ordnungspolitischen Schritt: „Ein radikaler Wandel ist notwendig, wenn ein evolutionärer Wandel versagt“. Die Quote sei ein Hebel, damit Führungsgremien auch mit Frauen besetzt werden, Appelle würden nicht helfen.

Julia Borggräfe, Partnerin bei autenticon – consulting in context, forderte Regelungen, die ein flexibles Arbeiten und „alternative Karrieremodelle“ ermöglichen und außerberufliche Erfahrungen wie Kindererziehung honorieren. Hierfür müssten Führungskräfte entsprechend geschult werden. Von der Politik verlangte Borggräfe einen Aktionsplan für Gleichstellung. Einen solchen hatte die SPD-Bundestagsfraktion einen Tag zuvor beschlossen.

Yasmina Banaszczuk, Betriebswissenschaftlerin und Bloggerin, regte an, ein Pflichtseminar zum Thema Chancengleichheit für alle Studierenden in pädagogischen Fächern einzuführen.

### **Sexismus als Problem ernst nehmen**

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten auch darüber, ob Sexismus objektiv definiert werden kann. Auf der einen Seite hieß es, die Betroffenen als Opfer müssten selbst bestimmen, was eine sexistische Handlung sei und was nicht. Auf der anderen Seite wurden objektive Kriterien gefordert, damit gesetzliche Regelungen angewendet und verbessert werden können. Wichtig seien eine Kultur, in der offen über Sexismus diskutiert werde und mehr Stellen, bei denen sexistische Übergriffe gemeldet werden können. Dazu tragen Gleichstellungsbeauftragte in Betrieben und Behörden bei. Yasmina Banaszczuk machte deutlich, dass es in unserer Gesellschaft nicht nur um „Akteure und Zuschauer“ gehe, sondern vor allem um „Mittäter und Weggucker“.

Die Diskutanten kritisierten, dass Sexismus nach wie vor bestärkt werde durch die Rollenbilder und Stereotypen, die durch Sendungen wie „Der Bachelor“ oder durch die Darstellung von Frauen in der Werbung transportiert würden. Caren Marks sagte, dass die SPD-Fraktion mit dem hauptsächlich männlich besetzten Werberat über das Frauenbild in der Werbung sprechen werde. Sie fügte hinzu, dass die amtierende „Nichtfrauenministerin“ Kristina Schröder (CDU) auf die Sexismusdebatte kontraproduktiv reagiere, indem sie Feminismus als Schimpfwort benutze.

## **Steinmeier stellt Buch von Ralf Fücks vor**

Als der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier die Anfrage erhielt, das neue Buch des Grünen-Politikers Ralf Fücks vorzustellen, fragte er sich, ob es richtig sei, zuzusagen, ohne eine Zeile zu kennen. Er tat es gleichwohl, denn: „Ich kenne Ralf Fücks als einen scharfsinnigen, gelegentlich auch scharfzüngigen Denker, einen politischen Querkopf, einen Debattentreiber, der, wenn es sein muss, weder Freund noch Feind schont.“

Steinmeier las das Manuskript und war fasziniert. An diesem Mittwoch hat er das Buch gemeinsam mit Fücks in der Bundespressekonferenz vorgestellt. „Intelligent wachsen“ lautet der Titel. Fücks, seit 1996 Chef der Heinrich-Böll-Stiftung, ist bekannt für treffsichere Gedanken, „wenn der ein Buch schreibt, dann wird das nicht harmlos“, konstatierte Steinmeier entsprechend.

In der Tat ist das Werk von Fücks bemerkenswert. Denn hier geht es auch um sozialdemokratische Identität, um 150 Jahre Industriegesellschaft, vor allem aber um Aufbruch und Reform. Fücks macht im Grunde klar, dass Sozialdemokraten und Grüne einen Neuanfang besser gestalten können als alle anderen Koalitionen. Denn es würde menschlicher, sozialer, gerechter und nachhaltiger zugehen. Steinmeier: "Dieses Bewusstsein elektrisiert die SPD mit Blick auf ihre 150 Jahre Geschichte, in denen wir ein paar mehr Brüche, Niederlagen und

Enttäuschungen verarbeiten mussten als die Grünen in ihren 30 Jahren.“ Es gehe, so Steinmeier, um Zukunftszuversicht, und Fücks nimmt dabei nichts zurück von der grünen Kritik an der Ausplünderung des Planeten – nur um Anschlussfähigkeit geht es dem Autor nicht. Fücks Kritik an Wachstumsmodellen richtet sich nach vorn, er suche „das Momentum des Fortschritts“, so Steinmeier.

Über Art des Wachstums diskutieren

Entsprechend ist das Credo des Buches auch, „nicht stehenbleiben, sondern vorangehen!“. Der Autor hält ein Plädoyer für Innovationen, für den technologischen Wandel, aber auch für verantwortliche Nachhaltigkeit, für Dynamik, für intelligente Infrastruktur, kurz: für Wachstum. Das ist besonders spannend, wenn es um die umstrittenen Wachstumsgrenzen auf der einen Seite und Wirtschaft pur auf der anderen Seite geht.

Nach Ansicht von Frank-Walter Steinmeier legt Ralf Fücks Buch eines vor allem vor: „einen guten Teil einer Roadmap für ein neues rot-grünes Projekt! Kein blasses Verzichtskonzept, sondern ein Zukunftsentwurf, der das Wachstum bejaht, über seine Qualität aber diskutiert.“

### ONLINE-BETEILIGUNG

## Adhocracy-Plattform: Auf der Suche nach einer anderen Arbeitswelt

Wie muss eine neue Arbeitswelt aussehen, damit wir neben dem Arbeiten auch noch Zeit für Familie, Ehrenamt, Weiterbildung, Freizeit haben? Diese Frage möchten wir mit Bürgerinnen und Bürgern zwei Wochen lang online diskutieren und auf der Veranstaltung „Fraktion kontrovers“ am 18. März mit Gästen und dem Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier diskutieren.

Die Menschen ändern sich, aber die Arbeitswelt nicht. Oder zumindest nicht schnell genug. Denn eines ist klar: Die alte Gleichung geht nicht mehr auf. Auf der einen Seite: Viele Männer, die weniger, und viele Frauen, die mehr arbeiten möchten. Frauen, die Karriere machen, und Männer, die auch mal beruflich aussetzen wollen. Männer und Frauen, die mehr Zeit für Familie, Freunde und Freizeit fordern. Auf der anderen Seite: Vollzeitkarrieren, Überstundenrekorde, normierte Lebensläufe, Präsenzkultur und Verfügbarkeitskult am Arbeitsplatz.

In ihrem Artikel „Why Women Still Can't Have It All“ hat die Politikberaterin Anne-Marie Slaughter ehrlich beschrieben, warum der Spagat zwischen Top-Job hier und pubertierenden Söhnen dort nicht funktioniert. Sie hat damit die Debatte über eine andere Arbeitswelt neu angefacht: Männer und Frauen auf der ganzen Welt diskutieren seitdem online und offline darüber, ob sie „alles haben können“. Ein Leben, in das Arbeit und Familie, Karriere und Freizeit hinein passen und vielleicht sogar miteinander harmonieren.

Wir wollen gemeinsam diskutieren, wie eine neue Arbeitswelt aussehen könnte und was sich dafür ändern muss. Auf der Beteiligungsplattform der Fraktion möchten wir dazu Ideen und Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern sammeln. Diese nutzen wir zur Vorbereitung der Diskussion „Fraktion kontrovers“ am 18. März. Dort moderiert der Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier ein Gespräch zwischen der Professorin Anne-Marie Slaughter und Ursula Schwarzenbart, Leiterin des Global Diversity Office bei der Daimler AG.

Folgende Fragen möchten wir online vorab diskutieren:

- Können Frauen immer noch nicht alles haben – beruflichen Erfolg UND ein erfülltes Familienleben?
- Wie muss eine neue Arbeitswelt aussehen, damit wir neben dem Arbeiten auch noch Zeit für Familie, Ehrenamt, Weiterbildung, Freizeit haben?

Um mitzumachen melden Sie sich einfach auf unserer Beteiligungsplattform an und stellen Sie Ihre Ideen für eine neue Arbeitswelt dort ein. Sie können Ihre Beiträge bis zum 14. März online einstellen. Danach werten wir sie für die Veranstaltung aus. Wir freuen uns auf einen regen Austausch mit Ihnen und Ihre Vorschläge.

Der Dialog ist offen für alle. Das Hashtag für die Debatte bei Twitter lautet #spddebatte.

Die Plattform ist hier: <https://debatten.zukunftsdialog.spdfraktion.de/instance/debatten>

## EHRUNG

### Jakob Mierscheid wird 80 – Wir gratulieren

Schon seit 1979 wirkt Jakob Mierscheid als sozialdemokratischer Abgeordneter für seinen Hunsrückwahlkreis im Deutschen Bundestag. Er gehört nicht zu jenen, die um des billigen Effektes willen ständig das Licht der Öffentlichkeit suchen. Im Gegenteil: Sein segensreiches Wirken blitzt oft unvermittelt auf, um das staunende Publikum dann wieder in einen lang andauernden Zustand gespannter Erwartung zu versetzen. Manche halten ihn für ein Produkt der Phantasie, andere sagen, er sei einfach phantastisch.

Doch lassen wir ihn einfach selbst zu Worte kommen:

„Man sagt, ich sei den modernen Zeiten angemessen, ich sei eine politische Holographie: besonders plastisch und vieldimensional, trotzdem physisch nicht einfach zu greifen, mit einem flüchtigen aber realen und nicht virtuellen Charakter. Man sagt, es sei schön, dass es mich gibt, aber schlimm, dass es mich geben muss.“

Dem ist nichts hinzuzufügen. Alles Gute, Jakob.

Weiterführende Links: Das Parlament, Ausgabe 8, 2013, Eine Brücke für den ideellen Gesamtabgeordneten, <http://www.das-parlament.de/2013/08/Kehrseite/42955332.html>

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier gratulierte dem Jubilar: „Es ist durchaus nicht üblich, dass die SPD-Bundestagsfraktion den Geburtstag eines ihrer Mitglieder gesondert würdigt, auch wenn es sich um einen runden Geburtstag handelt.

Aber vom Üblichen muss es auch Ausnahmen geben, so heute, wo ein nicht unwesentliches Mitglied zig Jahre alt, genau achtzig Jahre alt wird. Es handelt sich dabei um Jakob Mierscheid, eines der – ohne jemand zu nahe treten zu wollen – geistreichsten Fraktionsmitglieder, manche meinen gar er bestünde nur aus Geist, aber das stimmt nicht, sonst würde sich niemand von ihm auf die Füße getreten fühlen, das wiederum kommt fast nie vor, aber halt nur fast.

Jakob Mierscheid ist auch an seinem Ehrentag unermüdlich und unverzagt unterwegs, im Interesse der Sache und zum Wohle des Volkes, obwohl es auch Beobachter gibt, die sagen, zwischendurch würde er immer mal wieder eine Pause machen und sich mit seinen Kumpanen Edmund F. Dräcker vom Auswärtigen Amt und Friedrich G. Nagelmann vom Bundesverfassungsgericht etwas wesensgemäßes geistiges genehmigen und dabei ins Fäustchen lachen.

Jakob, es sei dir gegönnt.“

Weitere Informationen gibt es auch hier:



[www.spdfraktion.de/facebook](http://www.spdfraktion.de/facebook)



[www.spdfraktion.de/googleplus](http://www.spdfraktion.de/googleplus)



[www.spdfraktion.de/twitter](http://www.spdfraktion.de/twitter)



[www.spdfraktion.de/youtube](http://www.spdfraktion.de/youtube)



<http://www.spdfraktion.de/flickr>